

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 13. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 19.07.2012</p>
--

Beginn: 15.50 Uhr

Ende: 17.05 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann in Vertretung für Herrn
Schmitz
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Saffe in Vertretung für Herrn Wer-
ner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Frau Kamp
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Herr Viering
Herr Dr. Lampe
Herr Polzin
Frau Köhnlein
Frau Schumpp
Herr Musiol
Frau Urban
Herr Döhle
Frau Pieper
Herr Koch

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
BBN

III Gäste

Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
Herr Höft	OAL Hemelingen
Herr Meinke	Beiratsmitglied Huchting
Herr Semmelhaack	ZVBN
Herr Eisenberg	Vorstandssprecher BSAG
Herr Arndt	BSAG

IV Gastdeputierte

Herr Hipp	CDU
-----------	-----

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 13. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 18/13 vom 14.06.2012	
-------	---	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie für das Jahr 2013 -02-	Vorlage 18/162	L/S
-------	--	----------------	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt den oben aufgeführten Terminvorschlägen zu.

- einstimmig -

TOP 5	Beauftragung des Vergabeausschusses für die Zeit während der Parlamentsferien -02-	Vorlage 18/163	L/S
-------	--	----------------	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) ermächtigt den Vergabeausschuss, während der Zeit nach der letzten Deputationssitzung vor den Parlamentsferien bis zum ersten Zusammentreffen der Deputation nach den

Parlamentsferien anstelle der Deputation die der Deputation nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Deputationen obliegenden Aufgaben zu erledigen mit Ausnahme der ihr von der Stadtbürgerschaft übertragenen Beschlüsse.

- einstimmig -

TOP 6	162. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken -64- / -FB 01-	Vorlage 18/156
-------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer weist auf das Ziel des Beirates hin, in der Delfter Straße auch eine Nahversorgung zu ermöglichen und bittet um eine Stellungnahme des Ressorts, ob dies auch mit der Vorlage weiterhin möglich ist.

Herr Pohlmann berichtet, dass es lange Diskussionen im Beirat Huchting gab, der zuletzt am 16.7.2012 getagt habe. Der Beirat habe sich gegen die Veränderungssperre ausgesprochen.

Herr Pohlmann bittet das Ressort um Darstellung der inhaltlichen Positionen.

Herr Arndt bittet um Auskunft, für welchen Zeitraum die Veränderungssperre vorgenommen werden soll. Aus seiner Sicht müsse zeitnah eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Strohmann erklärt, dass der Beirat sich so verhalten habe, um die weitere Planung für den Nahversorger nicht zu verzögern. Diese würde sich mit einer Veränderungssperre um ein Jahr hinauszögern.

Herr Viering erläutert das alte, geltende Planungsrecht. Es habe bereits Gespräche mit dem Investor gegeben, der seine Planung bereits angepasst habe. Die Chancen für eine Einigung seien sehr positiv. Die Verhandlungen würden im Sinne des Beirates laufen. Ein Nahversorger sei vorgesehen. Zusätzlich würden noch andere Läden geplant, die von den Sortimenten her zurzeit nicht zentrenrelevant seien. Auch der Standort des Gebäude und der Stellplätze werde im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens mit geregelt. Die Veränderungssperre sei insoweit notwendig, damit nicht ein anderer Investor mit ganz neuen Plänen hier einen Anspruch auf Genehmigung nach altem Recht haben könnte. Wird die Veränderungssperre nicht beschlossen, laufe die Zurückstellung von max. einem Jahr aus. Die Beschlussfassung über eine Veränderungssperre bedeute nicht, dass ein ganzes Jahr gewartet werden müsse, um das jetzt beantragte Vorhaben, soweit es den Zielen des Bebauungsplanes entspricht, zu genehmigen. Für den Fall sei eine Ausnahme von der Veränderungssperre möglich.

Herr Meinke vom Beirat Huchting erklärt, dass der Nahversorger bereits Ende 2011 das Geschäft eröffnen wollte. Insofern sei aus seiner Sicht bereits eine Verzögerung eingetreten. Im gesamten Ortsteil mit über 8.000 Einwohnern gebe es kein Lebensmittelgeschäft mehr.

Herr Senator Dr. Lohse verweist darauf, dass nicht mit weiteren Verzögerungen zu rechnen ist, wenn der Investor sich kooperativ zeigt, was lt. den Ausführungen von **Herrn Viering** der Fall sei.

Herr Arndt regt an, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Verlängerung um max. ½ Jahr erfolgt und die Gespräche mit dem Investor zielgerichtet zum Abschluss zu bringen.

Herr Senator Dr. Lohse und **Herr Viering** plädieren dafür, die Sperre für ein Jahr zu beschließen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem 162. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken zu.

- gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der LINKE -

TOP 7	Bebauungsplan 2413 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Woltmershauser Straße, Dangaster Straße, Simon-Bolivar-Straße und Zwischenahner Straße - Bericht der Deputation -64- / -FB 01-	Vorlage 18/160
--------------	---	-------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2413 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Woltmershauser Straße, Dangaster Straße, Simon-Bolivar-Straße und Zwischenahner Straße (Bearbeitungsstand: 03.07.2012) abgesehen wird.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanentwurfes 2413 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Woltmershauser Straße, Dangaster Straße, Simon-Bolivar-Straße und Zwischenahner Straße (Bearbeitungsstand: 03.07.2012).

- einstimmig -

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 85 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung -62- / -FB 01-	Vorlage 18/157
--------------	--	-------------------

Herr Viering berichtet, dass der Großmarkt aktuell Bedenken gegen das erstellte Lärmgutachten vorgebracht habe. Der Großmarkt argumentiere, dass das Gutachten von falschen Annahmen ausgehe, da die Immissionswerte, die von dem Grundstück des Großmarktes ausgehen, zu gering bemessen worden seien. Hiermit müsse sich das Ressort im weiteren Verfahren auseinandersetzen.

Herr Pohlmann hält es für einen großartigen Erfolg, dass es auf Grundlage der Gutachten gelungen sei, zu einem Konsens hinsichtlich einer gemeinschaftlichen Nutzung von Gewerbe und Wohnen zu kommen. Die Bedenken des Großmarktes müssten aber im weiteren Verfahren abgearbeitet werden.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des Planentwurfes ein vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 85 für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt (Bearbeitungsstand: 29.06.2012) einschließlich Begründung zu.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 85 für die Errichtung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt (Bearbeitungsstand: 29.06.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

- einstimmig -

TOP 9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland - Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 18/158
--------------	---	-------------------

Herr Arndt berichtet, dass es Einsprüche gegen die Verkehrsführung gab. Er bittet um Erläuterungen, warum die in den Einsprüchen vorgeschlagene Verkehrsführung nicht möglich und sinnvoll ist.

Frau Pieper erklärt, dass es keine Einsprüche gegen die Verkehrsführung gab. Um die Erschließung für die neuen Bauvorhaben zu TOP 9 und 10 zu sichern, bedürfe es eines Ausbaus des Heinrich-Baden-Weges. Dies hätte zur Folge, dass für die Anlieger Erschließungsbeiträge anfallen, was von diesen kritisiert wurde. Dies wurde von den Anliegern problematisiert.

Herr Viering erklärt, dass Alternativen geprüft, aber verworfen wurden. Es werden somit beim Ausbau des Heinrich-Baden-Weges Erschließungsbeiträge anfallen, an deren Begleichung sich neben den Anliegern aber die Stadtgemeinde sowie die Vorhabenträger beteiligen werden.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Er-

richtung eines Golfclubhauses am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 11.06.2012).“

- einstimmig -

TOP 10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 81 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Fitnessgebäudes am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland - Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 18/159
---------------	---	-------------------

Diskussion siehe TOP 9.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 81 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Fitnessgebäudes am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 11.06.2012).“

- einstimmig -

TOP 11	Bebauungsplan 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop -FB 01-	Vorlage 18/168
---------------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse teilt mit, dass zu dem Bebauungsplan im Ressort am 10.07.2012 ein Antrag eingegangen sei, den **Frau Dr. Schaefer** erläutern werde.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass die Deputation sich schon mehrfach mit dem Thema Abfalllager in Hemelingen beschäftigt habe. Am vergangenen Freitag habe es eine Demonstration vor Ort gegeben, bei der die BewohnerInnen Ihre Bedenken geäußert haben. Es bestehe eine große Nähe zu einer Schule, einer Kindertagesstätte sowie zur Wohnbebauung. Ihre Fraktion nehme diese Bedenken sehr ernst und habe daher gemeinsam mit der SPD den vorliegenden Antrag vorbereitet. In diesem werde das Ressort aufgefordert, eine Veränderungssperre für das Gewerbegebiet Funkschneise zu erlassen. Hierzu gehöre auch, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen. Einerseits solle das Abfallzwischenlager verhindert werden. Andererseits soll das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe im Bereich der Funkschneise neu geordnet werden.

Herr Gottschalk betont, dass die aktuell beantragte Nutzungsänderung zwar Anlass für das Planfeststellungsverfahren und die angestrebte Veränderungssperre sei. Gleichwohl gehe es darum, für den gesamten Bereich Regelungen zu finden, um das dort vorhandenen Konfliktpotenzial zu minimieren.

Herr Arndt ergänzt, dass er die Forderungen aus dem jetzt vorliegenden Antrag bereits in der Beiratssitzung geäußert habe. Insofern sei er den Regierungsfractionen für das Vorlegen des

Antrages dankbar. Er bittet die Verwaltung bei ähnlichen Fällen im Stadtgebiet ebenfalls um ihre Unterstützung.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass es sehr schwierig sei, sämtliche Fälle zu untersuchen, bei denen Wohnen und Gewerbe dicht beieinander liegen. Damit werde ggf. in geltendes Recht eingegriffen. Zudem sei ein solches Vorgehen sehr personalintensiv.

Herr Saffe vertritt die Meinung, dass Hemelingen durch Verkehrs- Bahn-, Fluglärm sowie die vorhandenen Gewerbe bereits genug belastet sei und appelliert, diese Belastungen gleichmäßiger auf die Stadt zu verteilen.

Herr Hipp begrüßt, dass mit den Vorlagen zu TOP 11 und 11a dieser aus seiner Sicht unerfreuliche Vorgang einen Abschluss findet. Daher werde seine Fraktion beiden Vorlagen zustimmen. **Herr Hipp** unterstützt den Wunsch von **Herrn Arndt** und regt ein, ein Frühwarnsystem im Sinne der Anwohnerinteressen zu etablieren.

Herr Höft begrüßt auch im Namen des Beirates die Vorlage, da es nicht nur im Bereich der Funkschneise sondern auch in anderen Bereichen Probleme mit Nutzungskonflikten gab. Dabei habe die Verwaltung allerdings nicht die Bebauungspläne überprüft. Der Beirat werde die Verwaltung im Weiteren unterstützen. Was die Prüfung der weiteren Bebauungspläne angeht, habe der Beirat beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen, der sich mit den Stadtteilplanungen befasst. Die Stadtplanung werde eingeladen, in dem Ausschuss über die einzelnen Pläne und ggf. Änderungsnotwendigkeiten zu diskutieren.

Frau Kennard erklärt, dass sie bereits damals, als die Vornutzung zur Genehmigung anstand, in ihrer Funktion als Beiratssprecherin eine Veränderungssperre gefordert habe. Insofern bedanke sie sich bei der Verwaltung für die Vorlagen.

Frau Dr. Schaefer erklärt Bezug nehmend auf den Wortbeitrag von **Herrn Saffe**, dass sicherlich nach Alternativstandorten gesucht werden müsse. Gleichwohl sei es das Ziel, dass es Standorte sind, die weit genug von einer Wohnbebauung entfernt sind.

Herr Pohlmann lobt das Engagement der BürgerInnen, das sehr zu dieser Lösung beigetragen habe. Er unterstützt die Aussage von **Herrn Senator Dr. Lohse** zum Vorschlag von **Herrn Arndt**. Aus seiner Sicht sollten auch die PolitikerInnen in engem Kontakt mit den Beiräten sein, sofern ähnliche Fälle auftreten.

Herr Gottschalk stellt klar, dass Anträge gestellt wurden, aber bislang keine Zustimmung vorlag. Wenn die Firma anderes behauptete, sei dies nicht korrekt. Aus seiner Sicht seien von der Verwaltung auch keine Fristen überschritten worden. Auch die Aussage, dass nach dem alten Bebauungsplan eine Zustimmung gegeben hätte werden müssen, sei nicht abschließend belegt. Es sei vielmehr so, dass alle erforderlichen Prüfungen erfolgten und Unsicherheiten darüber bestanden, ob eine Ablehnung auf der Basis den alten Bebauungsplanes Bestand haben würde. Deshalb sei der nun gewählte Weg eingeschlagen worden, mit der Änderung des Bebauungsplanes eine klare rechtliche Grundlage zu erhalten. Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung hätten Vorrang, selbst wenn es zu einer Schadensersatzforderung gegen die Stadt kommen sollte.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“

- einstimmig -

Nachtrag TOP 11a	163. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2438, für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen, zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop -61- / -FB 01-	Vorlage 18/169
-----------------------------	---	-------------------

Diskussion siehe TOP 11.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem 163. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen, zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop zu.“

- einstimmig -

TOP 12	NEUFASSUNG Bebauungsplan 1562 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen - Weser - Strandtreppe - Weserstraße - Rohrstraße (Planaufstellungsbeschluss) -BBN-	Vorlage 18/150
---------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Mit der Neufassung des Bebauungsplanes sollen u.a. auch Spielstätten ausgeschlossen werden.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weser, Strandtreppe, Weserstraße und Rohrstraße ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 1562). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 1562 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weser, Strandtreppe, Weserstraße und Rohrstraße im beschleunigten Verfahren gemäß §13a BauGB aufgestellt werden soll.

- einstimmig -

TOP 13	Ergänzung einer Gleisverbindung Am Brill -ASV-	Vorlage 18/164
---------------	--	-------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Gesamtkosten zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.

- einstimmig -

TOP 14	Planung barrierefrei gestalteter Bushaltestellen im Stadtgebiet Bereitstellung von Planungsmitteln -ASV-	Vorlage L/S 18/165
---------------	---	-----------------------

Diskussion siehe Land.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Sachdarstellung zur Kenntnis und stimmt der Beauftragung der erforderlichen Planungsleistungen sowie der dargestellten Finanzierung zu.

- einstimmig -

TOP 15	Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof Quartiersachse Niedersachsendamm, Endpunkt Werdersee -30- / -72-	Vorlage 18/86
---------------	--	------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Planung und die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

- einstimmig -

TOP 16	Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr/ Weyhe – Ergebnisse des öffentlichen Beteiligungsverfahrens in Huchting -5-	Bericht der Verwaltung L/S -mündlich-
---------------	---	---

Diskussion siehe Land.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17	Quartiersbildungszentrum Gröpelingen hier: Entwurfsplanung und Finanzierungskonzept -72-	Vorlage 18/141
---------------	---	-------------------

Herr Pohlmann begrüßt das Projekt, dessen Notwendigkeit über alle Fraktionsgrenzen hinweg gesehen wird. Besonders hervorzuheben sei, dass das Projekt ressortübergreifend entwickelt wurde. **Herr Pohlmann** bedankt sich für die gute Arbeit der zuständigen Abteilung.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Planung sowie der beschriebenen Finanzierung aus den Programmen „Soziale Stadt“ und "EFRE" zu.

- einstimmig -

TOP 18	Berichte der Verwaltung	
TOP 18a)	Sachstandsbericht Friedhofsentwicklungsplan -30-	BdV schriftlich

Frau Dr. Schaefer bittet darum, mit dem Thema äußerst sensibel umzugehen. Gleichwohl bedürfte es eines neuen, sorgfältig erarbeiteten Konzeptes, da es den bisher vorgehaltenen Flächenbedarf nicht mehr gebe. Es gebe in der Bevölkerung Befürchtungen, dass es Grabauflösungen bzw. Umbettungen geben werde, was ihres Wissens nach nicht beabsichtigt sei.

Frau Dr. Schaefer regt im Zusammenhang mit den Pflegekosten an, sich Beispiele aus England anzusehen. Dort gebe es Flächen auf Friedhöfen, die sich selbst überlassen werden, um die Biodiversität zu fördern. Dort stehen große Schilder „Living Graveyards“ (lebendige Friedhöfe), auf denen auch die Natur erklärt werde. So sollen die BesucherInnen animiert werden, der Verstorbenen zu gedenken, aber auch die Natur zu erleben. Zudem sollte die Frage von Friedwäldern oder andere Plätze untersucht werden. Es müsse geklärt werden, ob der zurzeit noch geltende Friedhofszwang für die immer zahlreicher werdenden Urnen aufgehoben wird. Der Friedhofszwang sei nicht mehr zeitgemäß, andere Länder weltweit hätten bereits andere Regelungen getroffen.

Herr Strohmann hält es ebenfalls für erforderlich ein Konzept zu erarbeiten. Er bittet darum auch die Bestattungstraditionen der verschiedenen Glaubensrichtungen (z.B. Muslime, Juden, Christen) zu respektieren. Auch die teils negativen Erfahrungen der Liberalisierung des Bestattungswesens in Nachbarländern, wie z.B. Holland, sollten Berücksichtigung finden.

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass Friedhöfe auch Teil von gesellschaftlichen Ritualen und Strukturen seien. Bei der Erarbeitung eines längerfristigen Konzeptes sei darauf zu achten, sensibel mit neuen Wünschen, aber auch mit alten Traditionen umzugehen. Selbstverständlich müssten auch die Sorgen der betroffenen Angehörigen bereits bestehender Gräber ausgeräumt werden.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die Anregungen gerne aufgenommen werden.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18b)	Fortschreibung der ÖPNV-Planung der Stadtgemeinde Bremen für den Nahverkehrsplan 4 (NVP) des Zweckverbandes Verkehrsverbund Bremen Niedersachsen (ZVBN) -5-	BdV schriftlich
---------------------	---	--------------------

Herr Arndt spricht an, dass (lt. Bericht) das Papier ein wesentlicher Baustein für die Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) im Rahmen des ÖPNV sein soll. Angesichts des Wunsches des letzten Bürgerforums und der Arbeitsgemeinschaft nach „einer innovativen, zukunftsweisenden, nachhaltigen Weiterentwicklung des ÖPNV“ erscheine ihm dieses Papier sehr schwach.

Unter Punkt C würden die Streckenverbreiterungen angesprochen. Hier fehle ihm die Sebaldsbrücker Heerstraße: Die Strecke im Bereich des Bogens (unter der zweiten Brücke hindurch) sei das letzte fehlende Teilstück, um auch hier die neue Wagengeneration durchgehend von Gröpelingen nach Sebaldsbrück einsetzen zu können.

Herr Polzin erklärt, dass in die Fortschreibung nur aufgenommen wurde, was in den nächsten fünf Jahren sicher umgesetzt werden soll. Der von **Herrn Arndt** angesprochene Streckenabschnitt sei somit nicht vergessen worden.

Herr Eisenberg bestätigt, dass zu gegebener Zeit auch dieser Abschnitt in Angriff genommen werde.

Herr Arndt spricht die Anbindung des Gewerbegebietes Hansalinie (Seite 9) an. Er kritisiert die Wortwahl, dass die Verlängerung der Buslinie 42 „angestrebt wird.“ Es handele sich um eine langjährige, vehemente Forderung des Beirates, die Linie 42 mit der Ausweitung des Gewerbegebietes und der weiteren Ansiedlung von Firmen endlich zu verlängern. Er bittet darum, diese Formulierung entsprechend zu ändern in „soll fortgeführt werden.“

Herr Polzin erklärt, dass die Finanzierung dieses Wunsches noch nicht geklärt sei.

Herr Arndt meint, dass die Linien 130 und 140 über die Osterholzer und Sebaldsbrücker Heerstraße sowie auch die Regio-S-Bahn immer wieder angeführt würden, um die Vielfältigkeit des ÖPNV-Angebotes zu verdeutlichen. In beiden Bussen und Bahnlinien fehle aber die Möglichkeit, mit dem BOB – Ticket zu fahren. Die Möglichkeit, die Ticketautomaten nachzurüsten, wäre keine große technische Schwierigkeit. Zudem werde ein großer Teil der Bevölkerung, nämlich die NutzerInnen des StadtTickets, von den Fahrten in VBN - Linien ausgeschlossen. Er fordere, dass Bremen in Verhandlungen mit Niedersachsen tritt, um mindestens innerhalb der Stadtgrenzen eine Benutzung auch für StadtTicket-InhaberInnen zu ermöglichen.

Herr Arndt spricht an, dass auf Seite 16 unter „Maßnahmen, die nicht weiter verfolgt werden“ direkt die Straßenbahnlinie 2 genannt wird. Bereits in der vergangenen Sitzung habe er gefordert, hierzu eine weichere Formulierung zu finden. Da weiter unten im Text erklärt wird, dass die Freihaltung der Trasse, zumindest der Linie 2 entlang der Osterholzer Heerstraße als Zukunftsoption im Rahmen des VEP untersucht werden, dürfe in der Überschrift keine derartige Negativformulierung gewählt werden. Die Gleisverbindung in der Malerstraße bringe nicht viel, da sie nicht die Anbindung an das Bürgerzentrum herstelle. Die Verlängerung über die Steubenstraße hinaus in die Hastedter Heerstraße würde genau diese Anbindung ermöglichen.

Herr Staatsrat Golasowski stimmt **Herrn Arndt** zu und erklärt, dass die Überschrift auf S. 16 wie folgt zu ändern ist: „Maßnahmen, die *zunächst* nicht weiter verfolgt werden.“

Frau Neumeyer berichtet, dass es nach der Neuordnung der Buslinien in Bremen-Nord in Bremen-Nord einige Anlaufschwierigkeiten gab. Die BSAG habe hier nachgebessert. Hierfür spreche sie ihren Dank aus. Sie bittet um Auskunft, wann die bessere Erschließung im Raum Farge/ Rehum durch die Einrichtung der neuen Haltestellen Vor den Wischen und De Kreienberg realisiert werden sollen.

Herr Polzin erklärt, dass die Frage zurzeit nicht beantwortet werden kann und hierzu ein schriftlicher Bericht der Verwaltung vorgelegt wird.

Frau Neumeyer leitet den Wunsch von Bremen-Norder BürgerInnen weiter, dass die BusfahrerInnen künftig – wenn eine Person mit Rollator ein- oder aussteigen möchte, die Busse abgesenkt werden.

Herr Saxe erklärt, dass ihm in dem Papier fehle, welche Zukunftsvisionen die BSAG hinsichtlich weiterer Straßenbahnlinien hat, z.B. in Findorff. Er fragt nach ob es weitergehende Überlegungen gibt, den Umweltverbund zwischen den verschiedenen Verkehrsarten herzustellen, indem z.B. an (End-) Haltestellen Fahrräder zum Verleih bereit zu stellen, um die weitere Mobilität im Sinne des Umweltverbundes weiter fortführen zu können.

Herr Eisenberg erklärt, dass die BSAG nie geäußert habe, Findorff werde eine Straßenbahn bekommen. Vielmehr werde dies zunächst untersucht. Es sei auch noch völlig unklar, ob der notwendige Straßenraum vorhanden sei. Der VEP sei hierfür das richtige Instrument. Zum Thema Mobilitätskonzept verweist **Herr Eisenberg** auf die Wissensbörse Elektromobilität bei der BSAG am 29.8.2012 unter Schirmherrschaft von **Herrn Senator Dr. Lohse**. Hierzu lade er die Deputierten herzlich ein.

Herr Polzin erklärt, dass eine Reihe von möglichen Straßenbahnlinien und eine Optimierung des gesamten ÖPNV-Angebotes (was das Busnetz angehe) gemeinsam mit dem auszuwählenden Gutachter für den VEP untersucht werden sollen. Zum Thema „intermodale Angebote“ gebe es Überlegungen im Ressort sowie bei der BSAG. Es seien aber noch weitere Abstimmungsgespräche notwendig.

Zur Straßenbahnlinie 2 und 10 erklärt **Herr Saxe**, dass auch die Wirtschaftlichkeitsprüfungen zu entsprechenden Ergebnissen kommen müssen. Sofern die Ergebnisse den Bau der Linie (zurzeit) nicht rechtfertigen, müsse dies auch akzeptiert werden. Gleichwohl werde durch das Papier nicht ausgeschlossen, dass die Linie 2 bei Nachweis der Wirtschaftlichkeit weiter verfolgt werden könne.

Herr Saxe spricht die Kritik aus den Stadtteilen Osterholz und Hemelingen an, wonach das Busnetz nach Ausbau der Linie 1 zurzeit nicht genügend sei. Er bittet um Auskunft, ob es Überlegungen für Verbesserungen gibt.

Herr Eisenberg berichtet, dass die Linie 37 ab März 2013 in einem 15 – Minuten – Takt fahren soll. Dann sei auch das Netz fertig. Die aktuelle Datenlage sei nicht ausreichend, um den Takt jetzt zu verdichten.

Herr Saxe spricht das Thema „Eine Stadt-Ein Tarif“ an.

Herr Polzin erklärt, dass das Ressort dazu in Gesprächen mit der BSAG sei. Es gebe Vorlagen, die in der Gesellschafterversammlung des ZVBN zu behandeln seien. Das Thema sei im vorgesehenen Zeitrahmen weiterhin zu realisieren, wenn die Verkehrsunternehmen dem zustimmen.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet auf die Kritik von **Herrn Arndt** und **Herrn Saxe** über die Situation, in der sich das Ressort befinde: Einerseits war es zeitlich in der Pflicht, ein Papier vorzulegen, befand sich aber andererseits in der Anfangsphase für ein Verkehrsentwicklungsplan vorzugreifen und habe daher nur unstrittige Projekte aufgezählt. Gleichwohl bleibe noch Raum für Projekte, die im Rahmen der Diskussion zum VEP entwickelt, vertieft und priorisiert werden müssen.

Herr Semmelhaack vom ZVBN erklärt, dass hinsichtlich des Ticketvertriebs bei den Verkehrsunternehmen im VBN sehr unterschiedliche Systeme bestehen. Um die hierdurch bestehenden Zugangshemmnisse im Bereich des VBN abzubauen, sei die Erarbeitung und Verabschiedung eines VBN-Vertriebskonzeptes weiter voranzutreiben. Hierbei favorisiere der ZVBN jedoch die Umsetzungsmöglichkeiten verbundweiter bargeldloser, Internet- sowie Handy- bzw. Smartphone-gestützter Ticketangebote und -vertriebswege. Diese seien zu prüfen. Mehrere hundert Busse oder Regio-S-Bahnen nun BOB-fähig zu machen, sei langfristig nicht zeitgemäß. Es müsse eine zukunftsfähige Lösung für die ganze Region geschaffen werden.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet zu der Forderung, auch den StadtTicket-NutzerInnen die VBN-Teilnahme zu ermöglichen, dass hieran zurzeit gearbeitet werde. Es würden dazu Gespräche mit dem VBN-ZVBN laufen.

Herr Saxe fragt nach der Durchbindung der RS 1 nach Bremen-Farge.

Herr Polzin verweist auf den Bericht der Verwaltung, der zu vergangenen Sitzung vorgelegt wurde. Zurzeit sei das Ressort mit der DB Netz AG sowie der NordWestBahn im Gespräch. Es liegen noch keine Zeitpläne von DB Netz AG vor. Voraussichtlich werde die Durchbindung zum Fahrplanwechsel im Dez. 2013 umgesetzt.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18c)	Regelungen zur Einzäunung von Bahngleisen -5-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Kennard hält es nicht für ausreichend, sich hier auf die gesetzliche Regelungen zu beziehen. Sie sei in Hemelingen vor Ort gewesen und habe sich die Situation angesehen, die nach Entfernung der restlichen Bauzäume sehr gefährlich sei. Sie bittet zu prüfen, ob seitens der Stadt der öffentliche Parkplatz zur Bahnstrecke hin eingezäunt werden könnte. Hiermit könnte bereits viel erreicht werden. Zudem müsste man am Eingang des Tunnels einen Zaun errichten. Das zitierte Urteil der OLG Hamm habe sie irritiert. Man könne eine Stadtautobahn nicht mit einer Bahnstrecke vergleichen, weil die Bahnstrecke im Gegensatz zur Straße nur gelegentlich befahren werde. Spielende Kinder seien sich der Gefahr so weniger bewusst. Sie wünsche sich hier eine Ausnahmeregelung im Sinne der Kinder.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18d)	Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof Bericht 2012 -72-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18e)	Autofreier StadTraum -7-2-	BdV schriftlich
-----------------	--------------------------------------	--------------------

Herr Strohmann fragt nach, wer die Kosten trägt.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass diese vom Ressort getragen werden und auch im Haushalt veranschlagt sind. Die Kosten liegen deutlich unten den Kosten der vorherigen Veranstaltungen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Nachtrag TOP 18f)	Lärmminderung auf der Kattenturmer Heerstraße -ASV-	BdV schriftlich
--------------------------	---	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass hier ein gutes, rechtssicheres Ergebnis erzielt wurde.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19	Verschiedenes	
TOP 19 a)	Landschaftsschutzgebietsverordnung Natura 2000 im Niedervieland	

Herr Imhoff bittet um einen **schriftlichen Bericht** zum Thema **Landschaftsschutzgebietsverordnung Natura 2000 im Niedervieland**. Dort sei festgeschrieben, dass keine Pflanzen eingebracht werden dürfen. Im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen für den Deichbau habe es eine Maßnahme gegeben, bei der Pflanzen oder Saatgut eingebracht wurden. Er bittet um Auskunft, ob hierfür eine Genehmigung vorlag, um welches Saatgut es sich handelt und ob dieses zertifiziert war.

Herr Senator Dr. Lohse bedankt sich bei **Frau Kamp**, die letztmalig in ihrer Stabsfunktion an den Deputationssitzungen teilnehmen wird, für die sehr gute Arbeit und freut sich auf die Zusammenarbeit im neuen Verantwortungsbereich als Abteilungsleiterin Umweltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz.

Herr Pohlmann bedankt sich im Namen der Deputierten für die gute Zusammenarbeit und wünscht für die neue Aufgabe alles Gute.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 13. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll nach Tonaufzeichnung